

## Sitzungsniederschrift

### 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>Sozialwerk Nazareth e. V., Friedenstr. 1, 26506 Norddeich</b>		
Sitzungsdatum: <b>14.11.2017</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:49 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	Vertretung für Herrn Siebelt Fohrden
Kleen, Barbara	SPD	Vertretung für Frau Ida Bienhoff-Topp
Klopsch, Ute	AfD	
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AWG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Bagusat, Klaus-Dieter		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		
<b>Verwaltung</b>		

Akkermann, Georg	stv. Leiter des Amtes für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
Herrmann, Darinka	stv. Gleichstellungsbeauftragte
Müller, Michael	Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Albers, Angelika	GRÜNE
Bienhoff-Topp, Ida	SPD
Fohrden, Siebelt	CDU

**Beratende Mitglieder**

Borm, Hans-Joachim
Gerdes, Richard

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- |      |  |
|------|--|
| 1.   | Eröffnung der Sitzung  |
| 2.   | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit   |
| 3.   | Feststellung der Tagesordnung  |
| 4.   | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.09.2017 - öffentlicher Teil -  |
| 5.   | Einwohnerfragestunde   |
| 6.   | Sachstandsbericht zur Neukonzeption der Schulbegleitung  |
| 6.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017: IntegrationshelferInnen nach Tarif entlohnen<br>Vorlage: IX-AF/2017/035                          |
| 6.2. | Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.10.2017:<br>Eingruppierung der IntegrationshelferInnen nach dem TVöD<br>Vorlage: IX-AF/2017/036                       |
| 7.   | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017:<br>Bericht aus dem Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung<br>Vorlage: IX-AF/2017/032 |
| 8.   | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017:<br>Bericht der Behindertenbeauftragten des Landkreises Aurich<br>Vorlage: IX-AF/2017/034         |



9. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

---

10. Einwohnerfragestunde

---

11. Schließung der Sitzung

---

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1** Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

**Vorsitzende Kleinert** begrüßte ausdrücklich Herrn Roman Sievert (ehem. Vorstand Sozialwerk Nazareth e. V.), Herrn Dr. Martin Stötzel (Vorstand Sozialwerk Nazareth e. V.) und Herrn Klaus Rinschede (Geschäftsführer Sozialwerk Nazareth e. V.) und bedankte sich für die Möglichkeit, im Sozialwerk Nazareth e. V. die Sitzung abzuhalten.

---

#### **TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

---

#### **TOP 3** Feststellung der Tagesordnung

**Vorsitzende Kleinert** regte an, den Tagesordnungspunkt 8 „Sachstandsbericht zur Neukonzeption der Schulbegleitung“ mit den Unterpunkten 8.1 „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017: IntegrationshelferInnen nach Tarif entlohnen“ und 8.2 „Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.10.2017: Eingruppierung der IntegrationshelferInnen nach dem TVöD“ vorzuziehen und unter dem Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung folgte dem Vorschlag einstimmig.

#### Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

**Vorsitzende Kleinert** erteilte **Herrn Dr. Stötzel** das Wort. Dieser begrüßte alle Anwesenden. Er stellte sich vor als neuer Geschäftsführer des Sozialwerks Nazareth e. V..

**Vorsitzende Kleinert** verabschiedete den bisherigen Geschäftsführer, Herrn Roman Sievert, und bedankte sich für sein Engagement seit der Gründung des Sozialwerks Nazareth e. V. im Jahre 1977 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im September 2017. In dieser Zeit habe sich die Einrichtung, beginnend mit reiner Flüchtlingsarbeit, stetig weiterentwickelt und mit Mutter-Kind-Kuren, einer Mutter-Kind-Klinik, einer Seniorenresidenz und seit kurzem auch einer Kindertagesstätte immer weitere Angebote geschaffen.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.09.2017 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 26.09.2017 - öffentlicher Teil – wurde einstimmig, bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6**      **Sachstandsbericht zur Neukonzeption der Schulbegleitung**

**Kreisamtsrat (KAR) Müller** stellte den aktuellen Sachstand der Neukonzeption der Schulbegleitung vor. In der Rechtsprechung habe sich der Begriff der Schulbegleitung durchgesetzt, weshalb dieser auch künftig verwendet werde.

Aktuell seien insgesamt 239 SchulbegleiterInnen an den Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden beschäftigt.

Von 2012 - 2016 seien die Fallzahlen im Bereich des Jugendhilfeträgers um 186 % und im Bereich des Sozialhilfeträgers um 89 % gestiegen. Die Aufwendungen sind beim Jugendhilfeträger um 366 % und beim Sozialhilfeträger um 169 % gestiegen. Die Steigerungsraten seien auf die Einführung der inklusiven Beschulung im Jahr 2012 und einer höheren Bekanntheit der Leistung zurückzuführen.

Als Herausforderung für eine Neukonzeption nannte **KAR Müller** die langen Antragsverfahren, die befristeten Arbeitsverhältnisse, die Qualifizierung der Schulbegleitung und die Entlohnung sowie den Anstieg der Fallzahlen und der damit einhergehenden Ausgaben.

Die Neukonzeption der Schulbegleitung bestehe aus 3 Säulen, der qualitativen Verbesserung der einzelfallbezogenen Schulbegleitung, der Entwicklung eines Budget- bzw. Poolmodells und der Erweiterung des INTUS-Projektes.



Insgesamt sei man in der Neukonzeption weit fortgeschritten. Das Entlohnungssystem werde als Bestandteil der Neukonzeption noch geklärt.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** ergänzte, dass man sich aktuell in einem Projektstatus befinde, an dem die Regionen teilnehmen würden, in denen sich eine Integrierte Gesamtschule befinde (Aurich, Ihlow, Brookmerland, Südbrookmerland, Krummhörn). Man wolle mehr Spielräume schaffen um bspw. Schulen mit SchulbegleiterInnen zu unterstützen, die trotz eines offenkundigen Bedarfs noch keine entsprechenden Kräfte hätten. Auch der Status der MitarbeiterInnen solle sich hinsichtlich der bislang praktizierten Zweckbefristung der Arbeitsverhältnisse ändern. Es würden künftig unterschiedliche Herausforderungen und Anforderungen an die Schulbegleitung gestellt aus denen unterschiedliche Bezahlssysteme hervorgehen würden. Es gebe an den Schulen ein hohes Interesse an dem Projekt. Weitere Schulen könnten jederzeit an dem Projekt teilnehmen, wodurch der Projektstatus ggfls. vorzeitig beendet werden könnte.

**Vorsitzende Kleinert** betonte abschließend, dass es sich bei der Neukonzeptionierung um einen Einstieg in ein neues System handele.

---

**TOP 6.1**      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017:**  
**IntegrationshelferInnen nach Tarif entlohnen**  
**Vorlage: IX-AF/2017/035**

**Abgeordnete Bracklo** erläuterte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017.

**Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017**

1. die Integrationshelfer/-innen sowie alle anderen Mitarbeiter/-innen im Bereich Inklusion zukünftig nach Tarif (TVÖD) zu entlohnen,
2. diese zukünftig direkt über den Landkreis Aurich zu beschäftigen und
3. Arbeitsverträge in der Regel nicht mehr zu befristen

wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 2      Nein-Stimmen: 11      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

---

**TOP 6.2**      **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.10.2017:**  
**Eingruppierung der IntegrationshelferInnen nach dem TVöD**  
**Vorlage: IX-AF/2017/036**

**Abgeordneter Warmulla** erläuterte den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.10.2017.

**Abgeordnete Ubben** nahm aufgrund einer kurzfristigen Abwesenheit nicht an der Abstimmung teil.

**Abgeordneter Tammen** verließ die Sitzung um 16:31 Uhr.

**Der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.10.2017**

1. ab dem 01.01.2018 alle IntegrationshelferInnen, die im Auftrag des Landkreises tätig sind, in die Entgeltgruppe 3 (Stufe 1) TVöD -Sozial- und Erziehungsdienst-einzugruppieren,
2. aufbauend auf den Lohn von derzeit 12,86 €/Stunde je nach Qualifikation, Anforderung, Ort und Dauer der Tätigkeit sowie nach Fort- und Weiterbildungsbereitschaft höhere Stundenlöhne gemäß TVöD zu zahlen,
3. die Kosten für Aus-, Fort- und Bildungsmaßnahmen der für den Landkreis tätigen Integrationshelfer/-innen durch den Landkreis Aurich zu tragen,
4. für die Integrationshelfer/-innen, die länger als derzeit arbeiten wollen, Arbeitsplätze mit mehr Stunden anzubieten, so dass auch Vollzeitarbeitsplätze entstehen können und
5. für die Integrationshelfer/-innen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse vorzusehen.

wurde mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 2      Nein-Stimmen: 10      Enthaltungen: 0

➔ einstimmig beschlossen

---

**TOP 7**      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017:**  
**Bericht aus dem Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung**  
**Vorlage: IX-AF/2017/032**

**Abgeordnete Bracklo** erläuterte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017.

**Dr. Georg Ackermann** (stv. Leiter Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung) stellte das sogenannte Paderborner Modell vor, bei dem männliche und weibliche Freigängerkatzen ab dem 5. Lebensmonat kastriert werden, um eine Vermehrung zu verhindern.

Im hiesigen Bereich hätten die Stadt Emden und die Samtgemeinde Brookmerland eine ähnliche Verordnung erlassen. Der Landkreis Aurich habe in der Vergangenheit über einen Zeitraum von 3 Jahren einen jährlichen Zuschuss vorgehalten, um Tierhaltern eine freiwillige Kastration zu ermöglichen, wenn dies aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Es wurden jedoch nur 5.000 € beansprucht. Nach Ablauf des Förderzeitraumes konnten keine Veränderungen bei der Abgabe in den Tierheimen festgestellt werden. Auch die Stadt Emden habe ähnliche Erkenntnisse gesammelt.

**Vorsitzende Kleinert** bedankte sich bei Dr. Ackermann für den Vortrag.

**Abgeordneter Bargmann** verließ die Sitzung um 16:45 Uhr.

**TOP 8**      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.10.2017:**  
**Bericht der Behindertenbeauftragten des Landkreises Aurich**  
**Vorlage: IX-AF/2017/034**

**Frau Bärbel Pieschke** (Schwerbehindertenbeauftragte im Landkreis Aurich) berichtete über ihre Tätigkeit. Dabei gab sie einen Überblick über die regelmäßigen Treffen der Schwerbehindertenbeauftragten. Die Beauftragten bzw. die Beiräte würden sich demnach 4x im Jahr treffen und aus ihrer Mitte einen Sprecher/Sprecherin wählen. Die gewählten SprecherInnen wiederum würden sich ebenfalls 4x im Jahr in der Region OstFriesland AG treffen. Aus den jeweiligen Regionen würden ReGio-SprecherInnen gewählt, die u. a. an der Tagesordnung des Inklusionsrates mitwirken würden.

Weiterhin berichtete **Frau Pieschke** über die Fortbildungen, die sie regelmäßig besuchen würde. So hätte sie u. a. an einer sechswöchigen Fortbildung zum Thema „Wohnen mit Handycap“ oder auch „Taktile Elemente auf öffentlichen Wegen bzw. Gebäuden“ teilgenommen. Daneben habe sie an Ausschusssitzungen zur Umsetzung von UN-Konventionen, Erstellen einer Satzung für den Inklusionsrat und dem Aufstellen eines Forderungskataloges an die niedersächsische Regierung zum Nds. Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) mitgewirkt.

Im Landkreis Aurich gäbe es bereits seit langer Zeit viele Angebote für Menschen mit einer Behinderung. So können u. a. Rollstuhlfahrer einen Taxischein erhalten, wenn sie nicht mit dem Stadtbus fahren können. Hier werde die Richtlinie des Landkreises Aurich angewandt, wonach im Monat die Kosten für etwa 200 km übernommen würden.

Auch die Kabelübermantelung bei großen Veranstaltungen wie dem Stadtfest hob **Frau Pieschke** hervor, ebenso wie Stadtpläne für Behinderte Menschen und Blinde sowie die Abholung von Laubsäcken.

Abschließend hat **Frau Pieschke** noch die Parkplätze, Fahrstühle und Hinweistafeln in der Ubbo-Emmius-Klinik sowie die Wege auf dem Georgswalls kritisch beäugt.

**Vorsitzende Kleinert** bedankte sich bei **Frau Pieschke** für ihren Vortrag.

Die folgenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung verließen die Sitzung:

**Beratendes Mitglied Hülsebus** um 16:51 Uhr, **Abgeordneter Warmulla** um 17:05 Uhr und **Abgeordnete Biller** um 17:14 Uhr.

---

**TOP 9**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 10**      **Einwohnerfragestunde**

Die Mutter eines 13jährigen Kindes teilte mit, dass sie in Oldenburg ein Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Anbieter einer Schulbegleitung hatte, hier jedoch keinen anderen Anbieter habe. **KAR Müller** erklärte hierzu, dass mehr als 90 % der Kinder über die Kreisvolkshochschulen versorgt würden. Daneben gäbe es an den Randbereichen des Kreisgebietes zum Landkreis Wittmund bzw. zur Stadt Emden weitere Anbieter, die in diesen Randbereichen Kreisübergreifend tätig seien. Sollte es weitere Anbieter geben, so greife ein Kontrahierungszwang, wenn der Anbieter alle Voraussetzungen erfülle.

Auf Nachfrage eines Integrationshelfers erläuterte **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, dass der Landkreis Aurich versuche, die Neukonzeptionierung der Schulbegleitung so schnell wie möglich umzusetzen. Es sei realistisch, in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im März 2018 über erste Erfahrungen zu berichten.

Hinsichtlich der Vergütung erklärte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** auf die Frage einer weiteren Integrationshelferin, dass der Landkreis Aurich und die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden die Aufgabe der Schulbegleitung gesamtverantwortlich wahrnehmen würden und dieses Problem lösen würden. Hierzu würden Ausbildungsmodule entwickelt.

Auf die Frage nach der Auswahl der Schulen, die sich an dem Modellprojekt beteiligten, teilte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** mit, dass sich die Teilnehmer zunächst aus den Schulverbänden der Integrierten Gesamtschulen ergeben haben. Weitere Teilnehmer werden folgen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

---

**TOP 11**      **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzende Kleinert** schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:34 Uhr.

**Beratendes Mitglied Bagusat** verließ die Sitzung um 17:34 Uhr.

---

---

gez. Kleinert  
Vorsitzende

---

gez. Schäfer  
Protokollführer